



EU-Kommunal News der CDU/CSU Gruppe im Europäischen Parlament

10/2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Informationsdienst EU-Kommunal möchte ich Sie regelmäßig über alle wichtigen Ereignisse und Neuigkeiten aus und über die Europäische Union informieren. Im Mittelpunkt stehen dabei die Informationen, die für Sie vor Ort in den Städten und Gemeinden in Deutschland unmittelbar relevant sind. Dazu gehören neue Förderprogramme genauso wie Gesetzgebungsvorhaben oder neue Informationsangebote im Internet.

Da dieser Newsletter nur einen Überblick über die vielfältigen Themen bieten kann, sind den einzelnen Nachrichten Links zu ausführlicheren Informationen im Internet beigefügt. Ich hoffe Ihnen so einen möglichst unkomplizierten Zugang zu den für Sie relevanten Neuigkeiten aus der EU bieten zu können.

Mit den besten Wünschen

Ihr Dr. Christian Ehler MdEP

Für den eiligen Leser

- 1. Bodenschutzrahmenrichtlinie** - Die Kommission will den Entwurf einer Bodenschutzrahmenrichtlinie zurückziehen.
- 2. Krankenpflege** - Die deutsche Krankenpflegeausbildung ist europaweit anerkannt worden.
- 3. Asylmissbrauch** - Das Parlament hat eine Schutzklausel gegen Missbrauch der Visafreiheit beschlossen.
- 4. Eurosur** - Das Grenzkontrollsystem Eurosur soll die illegale Einwanderung in die EU und die Tätigkeit krimineller Schlepperbanden eindämmen.
- 5. Bürokratie – Entrümpelung** - Das Europäische Recht soll entschlackt und auf die Regelung national lösbarer Aufgaben verzichtet werden.
- 6. Gemeinsame Agrarpolitik** - Über die Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2014 ist eine politische Einigung erzielt worden.
- 7. Biolandwirtschaft** - Bio-Ware hat das Vertrauen der Verbraucher (71%), auch wenn sie etwas teurer ist (78%).
- 8. Forststrategie** - Die Kommission hat den Entwurf einer neuen Forststrategie vorgelegt.
- 9. Strukturfondsmittel** - Die für die einzelnen Mitgliedstaaten geplanten Strukturfondsmittel 2014-2020 sind im Internet einsehbar.
- 10. Digitales Lernen** - Die digitalen Kompetenzen an Schulen und Hochschulen sollen deutlich verbessert werden.
- 11. Berufsbildungspolitik** - Es gibt ein aktuelles Glossar zur Europäischen Bildungspolitik.
- 12. Berufsankennungsrichtlinie** - Für Fachkräfte wird die europaweite berufliche Mobilität deutlich verbessert.
- 13. Berufszugang** - Nationale Reglementierungen des Berufszugangs werden europaweit auf den Prüfstand gestellt.
- 14. Innovationsgutscheine** - Die Digitalisierung kleiner und kleinster Unternehmen kann durch regionale Gutscheinprogramme gefördert werden.
- 15. Barrierefreie Stadt** - Eine neue Broschüre enthält Beispiele für Barrierefreiheit in Städten.
- 16. Lebensqualität in Städten** - 80 % der Europäer sind zufrieden mit ihrer Stadt; in Hamburg sind es sogar 98%.
- 17. Häusliche Pflege** - Es gibt eine aktuelle Studie zur häuslichen Pflege in der EU.

- 18. Mafia** - Zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität soll in bestimmten Fällen das Bankgeheimnis außer Kraft gesetzt werden.
- 19. Designerdrogen** - Die neuen Suchstoffe, sog. Designerdrogen, sollen künftig innerhalb von wenigen Monaten verboten werden können.
- 20. Solarstrom** - Die Kommission lässt den Umwelt-Fußabdruck von Solarstrom untersuchen.
- 21. Sportboote/Wassermotorräder** - Ab 2015 müssen neue Sportboote, Yachten und Wassermotorräder leiser, sicherer und umweltfreundlicher sein.
- 22. Verbraucherschutz** - Die Stärkung des grenzüberschreitenden Verbraucherschutzes ist Thema einer Konsultation.
- 23. Rohstoff-Masterplan** - Es gibt einen Rohstoff-Masterplan zur nachhaltigen Versorgung der EU-Wirtschaft mit Rohstoffen.
- 24. Grundwasseraufbereitung** - Die Trinkwassergewinnung aus dem Grundwasser kann um 10% gesteigert werden.
- 25. Batterien** – Das 45%-Sammelziel für Gerätebatterien wird bis 2016 wohl nur von 12 Mitgliedstaaten erfüllt.
- 26. Klima- und Energiepolitik 2030** - Die Ergebnisse der Konsultation über das Grünbuch zur Klima- und Energiepolitik 2030 liegen vor.
- 27. Europäische Kauf(vertrags)recht** - Ein gemeinsames Europäisches Kaufrecht soll das Einkaufen im EU- Ausland erleichtern.
- 28. Jahrbuch der Regionen 2013** - Eurostat hat das Jahrbuch der Regionen 2013 veröffentlicht.
- 29. Umwelt-Monitor** - Der EU-Monitor des DIHT "Umwelt und Energie" wurde aktualisiert.

1. Bodenschutzrahmenrichtlinie

Die Kommission will den Entwurf einer Bodenschutzrahmenrichtlinie zurückziehen. Das geht aus einer Pressemitteilung der Kommission zur Verbesserung der europäischen Rechtsetzung vom 2.10.2013 hervor. Damit würde ein seit langen festgefahrener Verfahren beendet und der Bodenschutz bliebe eine ureigene nationale Aufgabe. Seit acht Jahren stocken in Brüssel die Verhandlungen über die Bodenschutzrahmenrichtlinie, da die Richtlinie im EU-Ministerrat nicht mehrheitsfähig ist. Sechs EU-Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland und Österreich, erachten eine europäische Zuständigkeit in Sachen Bodenschutz nicht für gegeben und lehnen daher den Vorschlag ab. Denn der Bodenschutz stellt keinen grenzüberschreitenden Sachverhalt dar und kann von den Mitgliedstaaten selbst sinnvoller erledigt werden als von der EU. Spätestens seit Mai 2010 zeichnete sich auch im Parlament ab, dass diese Richtlinie am Subsidiaritätsprinzip scheitern wird. Denn In seiner Entschließung zum Weißbuch „Anpassung an den Klimawandel“ vom 6. Mai 2010 hatte das Parlament ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Bodenverschlechterung vor allem lokale und regionale Ursachen und Folgen hat und dass folglich das Subsidiaritätsprinzip angewendet werden sollte“. Gleichzeitig hat es die Mitgliedstaaten ohne Bodenschutzvorschriften aufgefordert, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Pressemitteilung vom 2.10.2013 unter

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-891_de.htm

Entschließung des Parlaments vom 06. Mai 2010 (Ziffer 41) unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0154+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Krankenpflege

Die deutsche Krankenpflegeausbildung ist europaweit anerkannt worden. Denn die vom Parlament verabschiedeten Berufsankennungsrichtlinie (siehe nachfolgend Berufsankennungsrichtlinie) sieht vor, dass als Voraussetzung für die europaweite, automatische Berufsankennung bei Krankenpflegern weiterhin eine zehnjährige Schulausbildung ausreicht. Die duale Ausbildung in Deutschland wurde damit vom Parlament mit einer Fachhochschulausbildung gleichgesetzt. Künftig gibt es für die Anerkennung des Berufs der Krankenpflegerin und des Krankenpflegers in Europa zwei Optionen: Eine 12-jährige allgemeine Schulbildung plus eine akademische Ausbildung oder eine mindestens 10-jährige allgemeine Schulbildung plus einer berufsfachschulischen Ausbildung. Damit können Realschüler in Deutschland weiterhin den Krankenpflegeberuf erlernen und europaweit ausüben. Die Kommission hatte ursprünglich eine Mindestschulbildung von 12 Jahren vorgeschlagen, was ein Abitur als Zugangsvoraussetzung für den Krankenpflegeberuf bedeutet hätte.

3. Asylmissbrauch

Das Parlament hat eine Schutzklausel gegen Missbrauch der Visa Freiheit beschlossen. Künftig kann in Einzelfällen von der EU die Visafreiheit vorübergehend ausgesetzt werden, wenn Bürger eines Staates massenhaft unbegründete Asylanträge stellen, bestehende Rückführungsabkommen nicht eingehalten werden oder die Visa Frist von drei Monaten Aufenthalt überschritten wird. Die EU-Verordnung wird noch in diesem Jahr in Kraft treten. Dann kann für ein Drittland nach Prüfung durch die Kommission die Visa Pflicht befristet wieder eingeführt werden. An der Entscheidung über eine Visumeinführung sind Vertreter aller EU-Regierungen beteiligt.

Anlass für diese Maßnahme war ein massenhafter Missbrauch der Visa Freiheit, insbesondere aus Serbien, einem Beitrittskandidaten der EU. Aus Serbien kamen 2009 ca. 900 Asylantragsteller. 2012 waren es fast 13.000. Nahezu alle Asylanträge waren unbegründet. Andere Staaten des westlichen Balkan, wie Mazedonien oder Bosnien-Herzegowina, zeigen eine ähnliche Entwicklung. Insgesamt wurden aus diesen Staaten allein im August in Deutschland rund 2.000 Anträge gestellt. Bei keinem der Antragsteller konnte eine Schutzbedürftigkeit nachgewiesen werden. Auch nach erneuter Prüfung - rund zwei Drittel legten Berufung ein - konnte keiner der Asylanträge bewilligt werden. Die Anerkennungsquote liegt bei null %.

Begründung der VO über die Aussetzung der Visa Freiheit unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2013-0139&language=DE#title2>

Parlament vom 12. 9. 2013 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0370+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-3>

4. Eurosur

Das Grenzkontrollsystem Eurosur soll die illegale Einwanderung in die EU und die Tätigkeit krimineller Schlepperbanden eindämmen. Zugleich bietet es auch bessere Möglichkeiten, das Leben von Migranten zu retten, wenn diese sich in akuter Gefahr befinden. Über das System können Bilder und Daten von den EU-Außengrenzen in Echtzeit übertragen werden. Die dafür erforderlichen Betriebsvorschriften hat das Parlament am 10.10.2013 genehmigt. Das System soll bereits Ende 2013 in den EU-Ländern mit Außengrenzen und ab Dezember 2014 in allen Mitgliedstaaten betriebsbereit sein.

Eurosur ermöglichen einen verbesserten Austausch von Informationen zwischen den europäischen Ländern und der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Dabei geht es um die gemeinsame Nutzung und Übertragung von Bilder und Daten aus verschiedenen Behörden (Polizei, Küstenwache, Grenzschutz) und von Überwachungsinstrumenten wie Satelliten oder Schiffsmeldesystemen in Echtzeit.

Nach den Feststellungen der EU- Grenzschutzagentur Frontex haben im Jahr 2012 mehr als 72.000 Menschen die EU-Außengrenzen illegal überschritten haben; 2011 waren es halb so viele

Pressemitteilung des Parlaments unter

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131007IPR21624/html/EU-Grenzkontrollen-Abgeordnete-verabschieden-Eurosur-Regeln>

Pressemitteilung der Kommission unter

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-863_de.htm

Entschließung des Parlaments vom 10.10.2013 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0416+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

5. Bürokratie – Entrümpelung

Das Europäische Recht soll entschlackt und auf die Regelung national lösbarer Aufgaben verzichtet werden. Die Mitteilung „Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT): Ergebnisse und Ausblick“ vom 2.10.2013 enthält die Ergebnisse einer Überprüfung aller EU-Rechtsvorschriften und definiert eine breite Palette von Maßnahmen, die entweder bereits umgesetzt sind oder die dem Rat und dem Parlament vorgeschlagen werden. Für jeden Politikbereich hat die Kommission aufgelistet, welche Rechtsvorschriften sie vereinfachen und welche Vorschläge sie zurücknehmen wird, wo sie den Aufwand für die Unternehmen reduzieren und die Rechtsanwendung erleichtern will. Dazu erklärte Präsident Barroso: „Nicht alles, was gut ist, ist auch auf europäischer Ebene gut. Wir sollten es uns zweimal überlegen, ob, wann und wo wir auf europäischer Ebene handeln.“

Bis Ende 2014 wird die Kommission 47 Evaluierungen, Fitness-Checks und andere auf die Reduzierung der Rechtsanwendungskosten gerichtete Berichte auf den Weg gebracht oder abgeschlossen haben. Die Arbeiten konzentrieren sich ganz besonders auf die Bereiche Umwelt, Unternehmen und Industrie und Beschäftigung. Darin eingeschlossen sind Vorschriften u.a. über NATURA 2000, die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm und Rechtsmittel im öffentlichen Auftragswesen. In bestimmten Bereichen erwägt die Kommission bestehende EU-Rechtsakte aufzuheben (z.B. die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge) und Vorschläge zurückzuziehen, darunter die Bodenschutzrichtlinie (siehe vorstehend Nr.1), den Vorschlag zum Statut der Europäischen Privatgesellschaft und den Vorschlag betreffend die Nachrüstung von schweren Lastkraftwagen mit Spiegeln.

Nach der Eurobarometer-Umfrage 79 vom Mai 2013 vertreten drei Viertel der Menschen (79,3%) in der EU (Deutschland 86%, Österreich 84%) die Auffassung, dass in Brüssel zu viel Bürokratie erzeugt wird.

Pressemitteilung der Kommission vom 2.10.2013 unter

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-891_de.htm

Den Text der Mitteilung (Englisch, 15 Seiten) vom 2.10.2013 unter

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/archives/2013/10/pdf/20131002-refit_en.pdf

Eurobarometer-Umfrage 79 (Frage QA16.4 auf Seite 59) unter

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_anx_en.pdf

6. Gemeinsame Agrarpolitik

Über die Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2014 ist eine politische Einigung erzielt worden. Kleinere landwirtschaftliche Betriebe werden besser gestellt, die GAP wird ökologischer ausgerichtet als bisher und die integrierte Entwicklung des ländlichen Raumes außerhalb des engeren Agrarbezugs wird stärker in die Verantwortung der Mitgliedstaaten gestellt. Das Konzept der ländlichen Entwicklung wird grundlegend verändert. Das Konzept der Achsen wird abgeschafft. Anstelle der Interventionsbereiche Agrarinvestitionen/Flurneuordnung/Wegebau (Achse 1), Agrarumweltmaßnahmen (Achse 2) und ländliche Entwicklung (Achse 3) wird zukünftig ein strategisches Konzept treten. Für die Kommunen können aus der Neuausrichtung verbesserte Chancen für die ländliche Entwicklung entstehen, wenn die Bundesländer einen Schwerpunkt darauf legen.

Die GAP basiert auf 4 Verordnungen (Direktzahlungen an Landwirte, gemeinsame Marktorganisation, Entwicklung des ländlichen Raumes, Finanzierung, Verwaltung und das Kontrollsystem). Alle Verordnungen sollen ab 1.1. 2014 in Kraft treten. Da die Mitgliedstaaten nicht genug Zeit haben werden, diese in so kurzer Zeit in nationales Recht zu übertragen, wird 2014 zu einem Übergangsjahr.

Wesentliche Ergebnisse aus deutscher Sicht sind:

Die Direktzahlungen an Landwirte werden neu berechnet und unter den Mitgliedstaaten eine Umverteilung vorgenommen.

Die GAP wird „ökologisiert“, indem 30 % Direktzahlungen an die Einhaltung von dem Umweltschutz förderlichen Bewirtschaftungsmethoden gebunden werden. Mindestens 30 % der Mittel der Programme für die ländliche Entwicklung müssen in Agrarumweltmaßnahmen oder ökologischen Landbau fließen.

Bei Großbetrieben ab 150.000 ha können die Direktzahlungen um 5% gekürzt werden. Stattdessen kann aber auch das deutsche Modell praktiziert werden, wonach alle Betriebe für eine begrenzte Fläche (voraussichtlich 30 ha) eine Zusatzförderung erhalten.

Die Mitgliedstaaten können 15 % ihres Finanzrahmens für Direktzahlungen für die Entwicklung des ländlichen Raums übertragen und umgekehrt.

Die Anpassung der Direktzahlungen wird für Deutschland einen geringeren Mittelzufluss bedeuten. Chancen können jedoch darin liegen, dass zukünftig die Länder einen gemeinsamen strategischen Rahmen für die jeweiligen Regionen schaffen müssen, der die Politikbereiche der ländlichen Entwicklung mit der Regionalpolitik und der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (ELER, EFRE, ESF) enger koordiniert.

Die Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments erfolgt voraussichtlich am 19. November 2013.

Pressemitteilung vom 24.9.2013 unter

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-864_de.htm

Die Details der politischen Einigung unter

http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/agreement/index_de.htm

Die Vorschläge zu den Verordnungen unter

http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/legal-proposals/index_de.htm

7. Biolandwirtschaft

Bio-Ware hat das Vertrauen der Verbraucher (71%), auch wenn sie etwas teurer ist (78%). Das ist das Ergebnis einer Online-Anhörung zur Biolandwirtschaft, an der sich knapp 45.000 Einsender beteiligt haben. Dabei ist entscheidend, dass sie frei von Gentechnik und Pflanzenschutzmitteln sind (81%). Gewünscht werden strengere europäische Standards für Biolebensmittel (74%) und ein strengeres europäisches Kontrollsystem für diese Erzeugnisse. Das Konsultationsergebnis soll in eine für 2014 angekündigte Änderung der aktuellen Öko-Verordnung (834/2007 vom 28.6.2007) einfließen.

Zur Zusammenfassung (Englisch, 3 Seiten) unter:

http://ec.europa.eu/agriculture/organic/files/eu-policy/of_publication_executive_summary_en.pdf

Zur Auswertung (Englisch, 132 Seiten):

http://ec.europa.eu/agriculture/organic/files/eu-policy/of_public_consultation_final_report_en.pdf

Verordnung vom 28.6.2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von Erzeugnissen unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:189:0001:0023:DE:PDF>

8. Forststrategie

Die Kommission hat den Entwurf einer neuen Forststrategie vorgelegt. Im Mittelpunkt steht eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und es wird ein ganzheitlicher Ansatz entlang der Wertschöpfungskette verfolgt, d. h. die Art und Weise der Nutzung von Waldressourcen und der Waldbewirtschaftung zur Gewinnung von Waren und Dienstleistungen. Ein Schwerpunkt ist der Schutz der Ökosysteme und die ökologischen Leistungen der Wälder „für jeden Einzelnen“. Es wird betont, dass Wälder nicht nur für die ländliche Entwicklung wichtig sind, sondern auch für Umwelt und biologische Vielfalt, Holz- und Forstwirtschaft, Bioenergie und für den Kampf gegen den Klimawandel. In Aufnahme einer Anregung des Parlaments in der Entschließung vom 11.5.2011 wird die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes betont, und es wird darauf hingewiesen, dass die Auswirkungen anderer Politikbereiche auf die Wälder stärker berücksichtigt werden sollten (z. B. Verkehrspolitik etc.). Das Parlament hatte u.a. auch gefordert, harmonisierte und vergleichbare Daten über die Waldfläche, die biologische Vielfalt, biotischen und abiotische Gefahren und die Flächennutzung zu erheben und zu verbreiten. Dementsprechend sieht die Kommissionsvorlage vor, ein Waldinformationssystem zu schaffen und EU-weit harmonisierter Informationen über die Wälder zu erheben.

In einem ergänzenden Arbeitsdokument (Blaupause) zur forstbasierten Industrie in der EU wird auf die Probleme in diesem Wirtschaftszweig eingegangen, u.a. auf die steigende Konkurrenz für die Nutzung von Holz als Rohstoff, auf den fehlenden Fachkräftenachwuchs und auf sich überschneidende Politikrahmen. Es werden Unterstützungsmöglichkeiten vorgeschlagen, die zur Bewältigung der derzeitigen Probleme beitragen sollen. In der europäischen Holz- und Forstwirtschaft sind EU-weit 3,5 Millionen Menschen beschäftigt und es wird ein jährlicher Umsatz von fast 500 Mrd. EUR erwirtschaftet, meist in ländlichen Gebieten.

Pressemitteilung der Kommission vom 20.9.2013 unter

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-850_de.htm

Mitteilung der Kommission (19 Seiten) „Eine neue EU-Forststrategie: für Wälder und den forstbasierten Sektor“ unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0659:FIN:DE:PDF>

Arbeitsdokument (Englisch, 98 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/agriculture/forest/strategy/staff-working-doc_en.pdf

Blaupause (Englisch, 41 Seiten) unter:

http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/_getdocument.cfm?doc_id=8129

Parlament vom 11.5.2011 „Vorbereitung der Wälder auf den Klimawandel“ unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0226+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

9. Strukturfondsmittel

Die für die einzelnen Mitgliedstaaten geplanten Strukturfondsmittel 2014-2020 sind im Internet einsehbar. Demnach werden aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds € 17,15 Mrd. für Deutschland und 1,11 Mrd. für Österreich zur Verfügung stehen. Diese von der Generaldirektion für Regionalentwicklung veröffentlichten Zahlen spiegeln den Stand der Verhandlungen vom Juli 2013 wider. Es könnten sich bis zum Abschluss der Verhandlungen noch Änderungen ergeben. Denn nichts ist beschlossen, bevor nicht alles beschlossen ist! Der Verhandlungsmarathon zwischen Parlament, Rat und Kommission um die neuen EU-Strukturfonds, ihre Finanzierung und die Genehmigung der Partnerschaftsvereinbarungen sowie der operationellen Programme in den Ländern ist aber bislang noch nicht abgeschlossen (Stand 30.9.2013).

Zur vorgesehenen Mittelverteilung unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/eligibility/index_de

10. Digitales Lernen

Die digitalen Kompetenzen an Schulen und Hochschulen sollen deutlich verbessert werden. Dazu hat die Kommission einen umfassenden Aktionsplan zur Förderung innovativer Lehr- und Lehrmethoden vorgelegt (Mitteilung vom 25.9.2013). Nach einer aktuellen Studie benutzen 50 und 80 % der Schüler und Studierenden in der EU nie digitale Lehrbücher, Übungssoftware, Videos/Podcasts, Simulationen oder Lernspiele. Ein unhaltbarer Zustand, angesichts des Umstands, dass bis zum Jahr 2020 um die 90 % der Arbeitsplätze digitale Kompetenzen erfordern. Eine auf digitalen Kompetenzen beruhende Bildung, die die Fähigkeit einschließt eigene Programme zu schreiben, ist daher für alle Altersstufen ein „Muss“. Im Mittelpunkt der Initiative „Die Bildung öffnen“ steht der mit EU-Mitteln geförderte Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien, die digitale Ausstattung möglichst jedes Klassenzimmers eingeschlossen, und die Förderung der Nutzung frei zugänglicher Lehr- und Lernmaterialien. Der Aktionsplan hat 3 Schwerpunkte:

Schaffung von Innovationschancen für Einrichtungen, Lehrkräfte und Lernende,

intensivere Nutzung frei zugänglicher Lehr- und Lernmaterialien, insbesondere aller aus öffentlichen Haushalten finanzierten Lehrmittel, und

bessere IKT-Infrastrukturen und Konnektivität in den Schulen.

Darüber hinaus können Studierende, Anwender und Bildungseinrichtungen auf einem neuen Portal frei verwendbare und kostenlose Lehr- und Lernmaterialien austauschen.

Eine im April 2013 veröffentlichte Erhebung zum Einsatz digitaler Technologien in europäischen Schulen ergab, dass nur jeder vierte Neunjährige eine „digital sehr gut ausgestattete Schule“ besucht,

die über moderne Geräte, eine schnelle Breitbandverbindung (>10 Mbit/s) und eine hohe „Konnektivität“ (Website, E-Mail für Schüler und Lehrkräfte, LAN, virtuelles Lernumfeld) verfügt. Nur die Hälfte der 16-Jährigen besucht eine solche „digital sehr gut ausgestattete Schule“, und 20 % der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe haben nie oder fast nie einen Computer im Unterricht benutzt.

Pressemitteilung der Kommission unter

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-859_de.htm?locale=en

MEMO „Die Bildung öffnen“ – Häufig gestellte Fragen“ mit einer umfangreichen Liste der Maßnahmen der Initiative unter

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-813_de.htm

Mitteilung 25.9.2013 (Englisch, 13 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/education/news/doc/openingcom_en.pdf

Die Webseite frei verwendbare Lehr- und Lernmaterialien unter

http://www.openeducationeuropa.eu/de/home_new

Studie zum Einsatz digitaler Technologien in europäischen Schulen (Englisch, 163 Seiten) unter

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/sites/digital-agenda/files/KK-31-13-401-EN-N.pdf>

Speziell für Deutschland Allensbach zum Thema "Digitale Medien im Unterricht - Möglichkeiten und Grenzen" unter

http://dialog-internet.org/web/de/blog/-/asset_publisher/cH2t/content/digitales-lernen-in-der-schule-ii:-medienintegration-in-weiterfuehrenden-schulen

11. Berufsbildungspolitik - Glossar

Es gibt ein aktuelles Glossar zur Europäischen Bildungspolitik. Nach dem 2002 gestarteten "Kopenhagen-Prozess" hat insbesondere auch die Zusammenarbeit in der Berufsbildung stark zugenommen. Um die Handwerksorganisationen über die aktuellen bildungspolitischen Entwicklungen, Initiativen und Instrumente der EU zu informieren, hat der Zentralverband des Deutschen Handwerks das Glossar "Was ist was in der Europäischen Bildungspolitik" aktualisiert, der auf 18 Seiten wichtige Begriffe, Aktivitäten und Instrumente der europäischen Bildungspolitik erklärt.

Die Veröffentlichung unter

http://www.zdh.de/fileadmin/user_upload/themen/Bildung/International/Glossar_September_2013.pdf

12. Berufsanererkennungsrichtlinie

Für Fachkräfte wird die europaweite berufliche Mobilität deutlich verbessert. Denn nach der vom Parlament am 9. Oktober 2013 beschlossenen Modernisierung der Berufsanererkennungsrichtlinie werden in der EU die ersten sieben Berufe automatisch in allen Mitgliedstaaten anerkannt. Dabei handelt es sich um folgende Berufe: Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Krankenpfleger (siehe vorstehend Nr.2), Hebammen, Tierärzte und Architekten. Damit wird für diese Fachkräfte die Anerkennung ihrer Qualifikationen deutlich erleichtert, wenn sie einem anderen EU-Land arbeiten wollen. Die automatische Anerkennung soll auf weitere Berufsgruppen der derzeit in den Mitgliedstaaten etwa 800 reglementierten Berufe ausgedehnt werden. Grundlage ist ein von den Mitgliedstaaten zu erstellendes Verzeichnis ihrer reglementierten Berufe, wobei sicherzustellen ist, dass diese Reglementierungen nicht gegen das Diskriminierungsverbot verstoßen (siehe nachfolgend Berufszugang).

Schließlich ermöglichen die neuen Vorschriften den Berufsverbänden einen Europäischen Berufsausweis zu beantragen. Dieser wird bei kurzen Arbeitsaufenthalten im EU-Ausland durch die Behörden des Heimatstaates ausgestellt und bei einem dauerhaften Umzug durch die Behörden des Gastlands. Damit wird die Anerkennung von Qualifikationen ebenfalls leichter und schneller. Der Ausweis ist eine elektronische Bescheinigung, die es dem Berufstätigen gestattet, in einem anderen EU-Mitgliedstaat Dienstleistungen zu erbringen oder sich dort niederzulassen.

Die Berufsanererkennungsrichtlinie bildet die Grundlage dafür, dass Berufstätige in einem anderen Mitgliedstaat Geschäftstätigkeiten aufnehmen oder Arbeitsstellen finden können, die jeweils mit bestimmten Qualifikationsanforderungen verbunden sind.

Pressemitteilung des Parlaments unter

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131008IPR21711/html/Abgeordnete-ebnen-Weg-f%C3%BCr-verbesserte-berufliche-Mobilit%C3%A4t>

Zum Berufsausweis unter

http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/policy_developments/european_professional_card/index_de.htm

13. Berufszugang

Nationale Reglementierungen des Berufszugangs werden europaweit auf den Prüfstand gestellt.

Reglementierte Berufe sind Berufe, deren Ausübung an den Besitz besonderer Qualifikationen geknüpft oder bei denen die Berufsbezeichnung geschützt ist. Die Überprüfung sieht die vom Parlament verabschiedete Berufsanererkennungsrichtlinie vor (siehe vorstehend Nr.13). Diese Vorgabe wird nun mit dem am 2.10.2013 veröffentlichten Arbeitsplan zur Durchführung einer derartigen Überprüfung umgesetzt. In einer ersten Phase muss jeder Mitgliedstaat eine Liste der auf nationaler

und auf regionaler Ebene reglementierten Berufe erstellen und zugleich selbst bewerten und nachweisen, dass diese Reglementierung verhältnismäßig und nicht diskriminierend ist. Die Kommission wird diese Berufslisten im März 2014 in einer öffentlichen Datenbank (Europakarte) allgemein zugänglich machen. In einer zweiten Phase müssen die Mitgliedstaaten die in der Europakarte veröffentlichten Berufe gegenseitig beurteilen und bewerten (Evaluierung), ob die Zugangs-beschränkungen verhältnismäßig und nichtdiskriminierend sind. Es ist vorgesehen, alle Beteiligten, insbesondere die Vertreter der verschiedenen Berufsverbände, an diesem Prozess beteiligt werden.

Nach Abschluss der Überprüfungen und gegenseitiger Evaluation der Berufs-gruppen sollen die Mitgliedstaaten in Aktionsplänen darstellen, welche Maßnahme sie für den jeweils reglementierten Beruf ergreifen wollen, z.B. Beibehaltung, Änderung oder Ersetzung der bestehenden Reglementierung. Im Juni 2015 und März 2016 wird die Kommission aufgrund der Aktionspläne der Mitgliedstaaten ggf. Abhilfemaßnahmen vorschlagen, zu denen auch die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren bei Aufrechterhaltung diskriminierender oder unverhältnismäßiger nationaler Anforderungen gehören können.

Nach den Turbulenzen um die Krankenpflegeausbildung (siehe vorstehend unter Krankenpflege) wurde aus Parlamentskreisen bereits vorsorglich darauf hingewiesen, dass bewährte und funktionierende nationale Strukturen, wie z.B. in Deutschland und Österreich die duale Ausbildung und der Meisterbrief, erhalten bleiben müssen und im Rahmen dieser Überprüfung nicht zur Disposition gestellt werden dürfen.

Derzeit gibt es in den Mitgliedstaaten etwa 800 reglementierte Berufe. Die Zahl variiert innerhalb der EU zwischen weniger als 50 bis mehr als 400. Bei den meisten reglementierten Berufen handelt es sich um Berufe im Gesundheitssektor (mehr als 40 % aller reglementierten Berufe in der EU) und in den Bereichen Bildungswesen, Unternehmensdienstleistungen, Baugewerbe, Handel und Verkehr.

Pressemitteilung

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-897_de.htm

Kommissionsmitteilung vom 2.10.2013 (18 Seiten) „Bewertung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs“ unter

http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/docs/policy_developments/131002_communication_de.pdf

14. Innovationsgutscheine

Die Digitalisierung kleiner und kleinster Unternehmen kann durch regionale Gutscheinprogramme gefördert werden. Die in Spanien erfolgreich erprobte Gutscheinpraxis ist auf Unternehmen ausgerichtet, die in den elektronischen Geschäftsverkehr, straffere Geschäftsabläufe und verbesserten Kundendienst investieren wollen. Die von der Kommission angeregten

Innovationsgutscheinen im Wert von bis zu 10 000 EUR können gegen IKT-Spezialdienste eingelöst werden, z. B. Website-Entwicklung und Schulungen über elektronischen Geschäftsverkehr oder die Einführung von IKT-Anwendungen in Lieferketten- und Kundenbeziehungs-management. Die Kommission bietet zugleich in einem Umsetzungsleitfaden den Regionen ein detailliertes Konzept an, wie ein maßgeschneidertes Gutscheinsystem für die betreffende Region eingerichtet werden kann.

Die Möglichkeit, digitale Technologien zu nutzen, steigert die Wettbewerbsfähigkeit und erhöht die Marktchancen. Kleine Unternehmen, die an das Internet angebunden sind, verzeichnen um 22 % höhere Umsatzzuwächse als Unternehmen, die das Internet nicht oder kaum nutzen. In Deutschland konnten 93 % der kleinen und mittleren Unternehmen mit aktiver Internetpräsenz innerhalb von drei Jahren zusätzliche Arbeitsplätze schaffen; bei den Unternehmen ohne Internetpräsenz waren es nur 50 %.

Pressemitteilung mit weiteren Hinweisen unter

Fehler! Hyperlink-Referenz ungültig.http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-916_de.htm

Ein Umsetzungsleitfaden (Englisch) unter

<http://ec.europa.eu/digital-agenda/en/ict-innovation-vouchers-scheme>

Faltblatt IKT-Innovationsgutscheine (Englisch, 2 Seiten) unter

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/sites/digital-agenda/files/ICT%20Innovation%20Voucher%20v6.pdf>

15. Barrierefreie Stadt

Eine neue Broschüre enthält Beispiele für Barrierefreiheit in den Städten. In dieser Broschüre werden Initiativen und Maßnahmen der Gewinnerstadt des „Access City Award 2013“ Berlin, der beiden Finalistenstädte Nantes und Stockholm sowie der vier Städte vorgestellt, die mit einer besonderen Erwähnung geehrt wurden (Gdynia, Bilbao, Pamplona, Tallaght). Als europäische Auszeichnung für die Verbesserung der Barrierefreiheit von Städten für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen wird der Access City Award nun schon im dritten Jahr verliehen.

Die Veröffentlichung (32 Seiten) ist abrufbar unter

http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/access_city_award_2013_brochure_de.pdf

16. Lebensqualität in Städten

80 % der Europäer sind zufrieden mit ihrer Stadt; in Hamburg sind es sogar 98%. Das ist eines von vielen Ergebnissen der von Eurobarometer in 79 Städten Europas durchgeführten Umfrage zur Lebenszufriedenheit in Städten. Befragt wurden 41 000 Bürger in allen EU-Staaten sowie Island, Norwegen, Schweiz und der Türkei. In Deutschland wurden Bürger aus Berlin, Dortmund, Essen, Hamburg, Leipzig, München und Rostock, in Österreich aus Wien und Graz befragt. Gute Gesundheitsversorgung, Arbeits- und Ausbildungsplätze sind danach die wichtigsten Themen. Bei der Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung gehören München, Graz, Wien und Essen zur Spitzengruppe, beim öffentlichen Nahverkehr liegt Rostock auf Platz 2, bei den kulturellen Einrichtungen gehören Wien (96%) Graz (95%) München und Leipzig zur Spitzengruppe. In München erklärten 58% der Befragten, dass es einfach sei, einen Job zu finden (nach Oslo und Prag Platz 3). Viele weitere Aussagen zum städtischen Lebensumfeld machen die Erhebung zu einer interessanten Lektüre, auch wenn sie leider nur in Englisch veröffentlicht ist.

Pressemitteilung (Englisch) unter

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-857_en.htm

Die Umfrage (Englisch 151 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/urban/survey2013_en.pdf

17. Häusliche Pflege

Es gibt eine aktuelle Studie zur häuslichen Pflege in der EU. Diese Studie untersucht die Maßnahmen zur Förderung von Einstellungen und Berufsverbleib in häuslichen (gemeindenahen) Pflege- und Unterstützungsdiensten für Erwachsene mit Behinderungen und Gesundheitsproblemen. Danach wird das Potential in diesem Sektor durch schwierige Arbeitsbedingungen, unzureichende Fachkompetenzen und niedrige Löhne nicht optimal ausgeschöpft. Der Bericht untersucht erfolgreiche Maßnahmen in insgesamt 30 Fallstudien in zehn EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland und Österreich. Analysiert wurden u.a. erfolgreiche Initiativen zur Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze mit dem Ziel, diese für Neueinsteiger attraktiver zu machen und vorhandene Arbeitskräfte im Beruf zu halten. Empfohlen werden u.a. Kampagnen zur Ermutigung junger Menschen, insbesondere auch junge Männer, sich für einen Beruf im Pflegesektor zu entscheiden, wobei Inhalt und Strukturierung der Pflegeausbildung für junge Menschen attraktiv sein müssen. Schließlich soll die einschlägige Arbeitsmarktpolitik durch die Erhebung von Daten und die Nutzung von Statistiken verbessert werden.

Pressemitteilung unter

http://www.eurofound.europa.eu/press/releases/2013/130912_de.htm

Die Studie (Zusammenfassung, 2 Seiten) unter

<http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2013/531/de/1/EF13531DE.pdf>

Der Bericht (Englisch, 81 Seiten) unter

<http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2013/53/en/1/EF1353EN.pdf>

18. Mafia

Zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität soll in bestimmten Fällen das Bankgeheimnis außer Kraft gesetzt werden. Das ist einer der Vorschläge des Aktionsplans zur Bekämpfung der Mafiastrukturen in Europa. Der vom Sonderausschuss für organisierte Kriminalität, Korruption und Geldwäsche verabschiedete Plan sieht u.a. vor, die Aufhebung des Bank- und Geschäftsgeheimnisses, die Notwendigkeit eines Europäischen Staatsanwalts, ein Zeugenschutzprogramm im Zusammenhang mit Korruption, die Beseitigung von Steueroasen, die Beschlagnahme von Tatwerkzeugen, die verstärkte Bekämpfung von Umweltstraftaten und die Sicherstellung der gegenseitigen Anerkennung von justiziellen Maßnahmen. Beschlagnahmte Gelder, die aus organisierter Kriminalität herrühren, sollen für soziale Zwecke verwendet werden können. Ein weiterer Schwerpunkt des Aktionsplans sind Spielabsprachen und illegale Sportwetten.

Das Parlament hatte im März 2012 einen Sonderausschuss zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens eingesetzt, um die Unterwanderung von Wirtschaft, öffentlicher Verwaltung und Finanzsystemen durch organisiertes Verbrechen und Mafia-Banden in EU-Ländern zu untersuchen und Empfehlungen für Gesetzesvorlagen zur Bekämpfung organisierten Verbrechens zu formulieren.

Pressemitteilung (Englisch) unter

<http://www.eppgroup.eu/de/press-release/Organised-crime%3A-first-ever-European-action-plan>

Beschluss des Parlaments vom 14. 3. 2012 über die Einsetzung des Sonderausschusses gegen organisiertes Verbrechen unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0078+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

19. Designerdrogen

Die neuen Suchtstoffe, sog. Designerdrogen, sollen künftig innerhalb von wenigen Monaten verboten werden können; in besonders schwerwiegenden Fällen soll das Verbotverfahren noch kürzer sein. „Designerdrogen“ klingt eher harmlos, die Wirkungen sind aber z.T. unübersehbar: Beim Suchtmittel Crystal faulen z.B. die Zähne, das Gesicht fällt ein und der Körper wird mit Pusteln übersät. Crystal ist nur eine der neuen Suchtdrogen, die derzeit die EU überschwemmen. Sie sind auch über das Internet erhältlich und werden dort unter anheimelnden Namen wie Extremer Summer, Miau-Miau, Fly Cherry in bunten Tütchen als Badesalz, Räuchermischung,

Kräutermischungen, Pflanzendünger oder Lufterfrischer angeboten. Dabei handelt es sich um neue psychoaktive Substanzen, die alternativ zu illegalen Drogen wie Kokain und Ecstasy verwendet werden. 2013 wurde jede Woche mehr als eine neue psychoaktive Substanz gemeldet und die Zahlen steigen. Damit kann das herkömmliche Verbotverfahren nicht Schritt halten, das in der Regel 2 Jahre dauert. Daher sieht ein Verordnungsvorschlag der Kommission ein stark verkürztes Verbotverfahren vor. Am stärksten von dem Problem betroffen sind junge Menschen, von denen nach einer Eurobarometer-Umfrage aus 2011 durchschnittlich 5 % diese Suchtstoffe zumindest einmal in ihrem Leben konsumiert haben.

Von den „Designerdrogen“ gehen erhebliche Gesundheitsgefahren aus: diese reichen von Übelkeit, heftigem Erbrechen, Herzrasen und Orientierungsverlust bis zu Kreislaufversagen, Ohnmacht, Lähmungserscheinungen und Wahnvorstellungen bis hin zu Todesfällen. So hat z. B. die Substanz 5-IT, die auch als „Forschungschemikalie“ angeboten wird, zwischen April und August 2012 mindestens 24 Personen das Leben gekostet.

Das Parlament und der Rat müssen dem Verordnungsvorschlag noch zustimmen.

Pressemitteilung unter

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-837_de.htm

Verordnungsvorschlag der Kommission „Neue psychoaktive Substanzen“ unter

http://ec.europa.eu/justice/anti-drugs/files/com_2013_619_de.pdf

Richtlinienvorschlag der Kommission „Strafrechtsbestimmungen“ unter

http://ec.europa.eu/justice/anti-drugs/files/com_2013_618_de.pdf

Eurobarometer-Umfrage (Englisch, 124 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_330_en.pdf

Europäischer Drogenbericht 2013 - Trends und Entwicklungen (80 Seiten) unter

http://www.emcdda.europa.eu/attachements.cfm/att_213154_DE_TDAT13001DEN1.pdf

20. Solarstrom

Die Kommission lässt den Umwelt-Fußabdruck von Solarstrom untersuchen. Das ist ein Pilotprojekt für die Entwicklung von einheitliche Methoden zur Messung des Umwelt-Fußabdruckes von Produkten (Product Environmental Footprint - PEF), berichtet das Schweizer Bundesamt für Energie. Die standardisierte Bewertung aller Stromproduktionstechnologien wird künftig für sämtliche Strom verbrauchenden Geräte und Dienstleistungen von Bedeutung sein. Am Beispiel der Photovoltaik wird die Pilotphase des PEF-Programms Einblicke in die Komplexität solcher Bewertungen aber auch die Herausforderungen an die Kommunikation der Resultate an eine breite Öffentlichkeit aufzeigen. In

dem Konsortium, das dieses Projekt bearbeiten wird, sind neben der internationalen Energieagentur (IEA) Fachgruppen u.a. aus den USA, China, Frankreich, Deutschland (Calyxo GmbH, Bitterfeld) und der Schweiz vertreten.

Pressemitteilung des Schweizer Bundesamt für Energie unter

<http://www.bfe.admin.ch/energie/00588/00589/00644/index.html?lang=de&msg-id=50475>

21. Sportboote/Wassermotorräder

Ab 2015 müssen neue Sportboote, Yachten und Wassermotorräder leiser, sicherer und umweltfreundlicher sein. U.a. ist dann die serienmäßige Reduzierung der Abgasreinigung um 20% und strengere Lärmgrenzwerte für neue Freizeitboote mit einer Länge zwischen 2,5 und 24 Metern vorgeschrieben. Fahrzeuge mit Außenbordmotor und einer Steuerung per Hebel (Pinne) müssen eine Notstopp-einrichtung haben, die die Maschine automatisch stoppt, wenn der Steuermann über Bord geht, z.B. eine Schnur zwischen Steuermann und Boot. Die vom Parlament am 9.10.2013 beschlossene Richtlinie bezieht sich auf Sportboote und Wassermotorräder für den Einsatz auf See oder in Binnengewässern. Nicht inbegriffen sind Fahrzeuge, die für die kommerzielle Passagierbeförderung ausgelegt sind.

Parlament Entscheidung vom 9. Oktober 2013 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0407+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-6>

22. Verbraucherschutz Termin: 31.1.2014

Die Stärkung des grenzüberschreitenden Verbraucherschutzes ist Thema einer Konsultation. Verbraucher, Geschäftsinhaber und Unternehmer werden gefragt, wie nationale Stellen besser zusammenarbeiten, rechtswidrige Praktiken verhindert und Verbraucherrechte besser durchgesetzt werden können. Die Konsultationsergebnisse sollen in die laufenden Arbeiten zur Verbesserung des europaweiten Netzwerks der nationalen Verbraucherschutzbehörden einfließen. Dieses Netzwerk spielt eine wichtige Rolle als Garant dafür, dass alle EU-Bürger gleichermaßen von ihren Verbraucherrechten profitieren, unabhängig davon, ob sie in ihrem eigenen Land, in einem anderen Mitgliedstaat der EU oder online in Europa einkaufen. Die Konsultation läuft bis zum 31. Januar 2014

Pressemitteilung unter

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-936_de.htm

Die Konsultation unter

http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/dgs_consultations/ca/consumer_protection_cooperation_regulation_201310_de.htm

Diskussionspapier (7 Seiten) für den Europäischen Verbrauchergipfel 2013 vom März 2013 „Auf dem Weg zu einer wirksameren Durchsetzung der Verbraucherrechte in der EU“ unter http://ec.europa.eu/consumers/enforcement/docs/07032013_consumer_summit_discussion_paper_de.pdf

23. Rohstoff-Masterplan

Es gibt einen Rohstoff-Masterplan zur nachhaltigen Versorgung der EU- Wirtschaft mit Rohstoffen.

In dem von der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) für Rohstoffe vorgelegten Plan geht um neue kosteneffiziente Explorationskonzepte und -technologien, bessere Rückgewinnungs- und Recyclingmethoden von genutzten Materialien (z.B. Bauschutt) und die Suche nach Ersatzmaterialien für kritische Rohstoffe, wie das für Touchscreens verwendete Indium. Auch sollen bessere Rahmenbedingungen für die Rohstoffbranche in Europa geschaffen und eine Europäische Wissensdatenbank für Rohstoffe eingerichtet werden.

Ende Oktober 2013 werden über einen öffentlichen Aufruf Interessenträger für die Umsetzung des Rohstoff-Masterplans ermittelt. Dabei geht es um 10 Pilotprojekte zur Förderung von Technologien zur Produktion von Primär- und Sekundärrohstoffen und 3 Pilotprojekte für Ersatzstoffe von kritischen und knappen Rohstoffen. Für das Jahr 2014 ist eine Mitteilung zur konkreten Durchführung der Strategie geplant.

In Deutschland gibt es seit Anfang 2013 ein Förderprogramm für kritische Rohstoffe, über das Projekte im In- und Ausland finanziell unterstützt werden. Kritische Rohstoffe sind insbesondere: Antimon, Beryllium, Kobalt, Fluorit, Gallium, Germanium, Graphit, Indium, Magnesium, Platinmetalle, seltene Erden, Tantal und Wolfram. Pressemitteilung unter

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-863_de.htm

Zur Europäische Innovationspartnerschaft für Rohstoffe und Strategischen Durchführungsplan unter

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/innovation-partnership/index_de.htm

Umfassend weitere Einzelheiten (Englisch) unter

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-819_en.htm

Bundeswirtschaftsministerium zur Förderung der Exploration kritischer Rohstoffe unter

<http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=544698.html>

24. Grundwasseraufbereitung

Die Trinkwassergewinnung aus dem Grundwasser kann um 10% gesteigert werden. Das ist durch den Einsatz von Keramikmembranen bei der Reinigung von Filtern möglich, mit denen Eisen, Mangan und Verunreinigungen aus dem Grundwasser entfernt werden. Diese Filterreinigung erfolgt derzeit mit dem aus Grundwasser gewonnenen Trinkwasser, wodurch bis zu 10 % des Trinkwassers wieder verloren gehen, weil dieses als Spülwasser ins Abwasser eingeleitet wird. Durch den Einsatz der neu entwickelten Keramikmembranen entfällt dieser trinkwasserintensive Vorgang. Dadurch könnten jährlich bis zu zwei Kubikkilometer Wasser eingespart werden, was dem Trinkwasserverbrauch in den Niederlanden und Schweden zusammengenommen entspricht. Die Praxistauglichkeit des mit 847 000 EUR EU-geförderten Projekts eines niederländischen Trinkwasserunternehmens und eines polnischen Produktionsunternehmens wird derzeit in einer Demonstrationsanlage in den Niederlanden erprobt.

In vielen europäischen Ländern kommt das Trinkwasser aus dem Grundwasser - das ist auch bei mehr als 80 % des Leitungswassers in Dänemark, Österreich, Island, Italien und der Schweiz der Fall.

Pressemitteilung des Forschungs- und Informationsdienstes der EU unter http://cordis.europa.eu/fetch?CALLER=DE_NEWS&ACTION=D&RCN=36069

25. Batterien

Das 45%-Sammelziel für Gerätebatterien wird bis 2016 wohl nur von 12 Mitgliedstaaten erfüllt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Vereinigung der Gerätebatterien-Industrie (EPBA). Nach der in der EU-Batterie-Richtlinie von 2006 festgelegten Mindestsammelquoten besteht für 2012 ein Sammelziel von 25 %, was von fast allen Mitgliedsländern erreicht worden ist und für 2016 eine Mindestquote von 45 % alter Gerätebatterien. Hersteller und Importeure von Batterien sind zur Rücknahme verpflichtet. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass unklare Definitionen und fehlende Abgrenzungen zwischen Gerätebatterien und Bleibatterien zu falschen Sammelraten führten. Großbritannien hätte 2012 beispielsweise eine Sammelquote von 27 % ausgewiesen, unter Berücksichtigung des großen Marktanteils von Bleibatterien läge die Rücknahmequote für Gerätebatterien aber nur noch bei rund 13 %. In Deutschland lag die Sammelquote für Gerätebatterien bereits 2002 bei rund 39 %. im vergangenen Jahr wurde eine Quote von 42 % erreicht. Auch Bleibatterien haben ein deutlich geringeres Marktaufkommen. Die EPBA schätzt es auf bis zu 3 %.

Die EPBA-Studie vom 20.8.2013 (Englisch, 235 Seiten) unter

http://www.epbaeurope.net/documents/Perchards_Sagis-EPBA_collection_target_report_-_Final.pdf

Die Batterierichtlinien unter

http://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/richtlinie_batterien.pdf

26. Klima- und Energiepolitik 2030

Die Ergebnisse der Konsultation über das Grünbuch zur Klima- und Energiepolitik 2030 liegen vor.

Im Fokus der 556 Rückmeldungen, davon 12% aus Deutschland, standen insbesondere Themen wie Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Abbau der CO₂-Emissionen, wobei die Meinungen hinsichtlich konkreter Ziele weit auseinander gehen. 60 % der Antworten kamen von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen, 14 Mitgliedstaaten, haben sich positioniert, darunter Österreich aber nicht Deutschland. Ein neues CO₂-Reduktionsziel für 2030 scheint weitgehend Konsens zu sein, nicht aber dessen Höhe. In der Tendenz wurde die Auffassung vertreten, dass eine alleinige Festlegung auf CO₂-Reduzierungsziele nicht ausreicht, sondern gleichzeitig Investitionen in Erneuerbare Energie und Effizienzzielen festgelegt werden müssen. Selbstverpflichtungen der Mitgliedstaaten würden demnach nicht ausreichen, um die Klima- und Energieziele bis 2030 zu erreichen. Als nächster Schritt ist ein von der zuständigen Dienststelle erstellter konsolidierter Bericht angekündigt worden. Für Dezember 2013 ist hierzu eine Kommissionsmitteilung geplant.

Die einzelnen Konsultationsbeiträge sind abrufbar (Englisch) unter http://ec.europa.eu/energy/consultations/20130702_green_paper_2030_en.htm .

Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030“ unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0169:FIN:DE:PDF>

27. Europäische Kauf(vertrags)recht

Ein gemeinsames Europäisches Kaufrecht soll das Einkaufen im EU- Ausland erleichtern. Zwar kennen Fernabsatz- und Online-Geschäfte keine Grenzen mehr. Aber die verschiedenen nationalen Zivilrechtsordnungen sind ein Hindernis insbesondere im grenzüberschreitenden Handel. Künftig sollen sich Unternehmen unter-einander, oder Unternehmen und Verbraucher im Fernabsatz- und Onlinehandel für ein neuartiges Kaufrecht entscheiden können, das anstelle der nationalen Vertragsvorschriften vereinbart werden kann. Das neue EU-einheitliche Kaufrecht soll die nationalen Vorschriften nicht ersetzen, sondern als Alternative neben die Rechtsordnungen der 27 Mitgliedstaaten der EU treten. Voraussetzung ist daher immer, dass sich die Vertragsparteien vorher darauf verständigen, dass das europäische Kauf(vertrags)recht Anwendung findet. Nachdem sich der federführende Rechts-ausschuss des Parlaments mit großer Mehrheit für ein optionales Europäisches Kaufrecht ausgesprochen hat, werden jetzt mit den Mitgliedstaaten die Details erarbeitet.

Das Parlament hatte sich in einem Entschließungsantrag vom 8.6.2011 für ein fakultatives EU-Vertragsrecht ausgesprochen und die Kommission hat im Oktober 2011 einen Vorschlag für ein einheitliches Europäisches Kaufrecht veröffentlicht. Dass für grenzüberschreitende Käufe ein

eigenständiges Kaufrecht funktionieren kann, zeigt der Handel in den USA. Dort kann ein Händler sein Produkt in 50 Staaten nach einheitlichen Regeln vertreiben, obwohl von New York bis Kalifornien unterschiedliche Gesetze gelten. Einer Umfrage zufolge würden sich 71 % der europäischen Unternehmen bei den grenzüberschreitenden Verkäufen für die Anwendung des europäischen Vertragsrechts entscheiden.

Einzelheiten (Englisch) unter

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-792_en.htm?locale=en<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20130916IPR20025/html/Common-European-Sales-Law-backed-by-legal-affairs-MEPs>

Die Kommissionsmitteilung (15 Seiten) „Ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht zur Erleichterung grenzübergreifender Geschäfte im Binnenmarkt“ unter

http://ec.europa.eu/justice/contract/files/common_sales_law/communication_sales_law_de.pdf

28. Jahrbuch der Regionen 2013

Eurostat hat das Jahrbuch der Regionen 2013 veröffentlicht. Es präsentiert Regionalstatistiken für eine Vielzahl von Bereichen und ermöglicht Analysen, z.B. über die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Regionen in Europa. Der „Statistische Atlas“ auf der Eurostat Webseite bietet den Nutzern die Möglichkeit, detaillierte Informationen zu einer bestimmten Region oder Stadt abzurufen und die einzelnen Karten in hochauflösendem PDF-Format herunterzuladen. Ein neues interaktives Tool, „Regional Statistics Illustrated“ ermöglicht die Visualisierung regionale Daten. Dieses Tool umfasst mehr als fünfzig, regelmäßig aktualisierte Indikatoren auf NUTS 2 Ebene. Anhand einer interaktiven Karte können ausgewählte Regionen analysiert und mittels verschiedener Visualisierungsmöglichkeiten miteinander verglichen werden. Es werden immer die aktuellsten Daten aus der Eurostat Datenbank verwendet, während die Karten des „Statistischen Atlas“ auf Daten beruhen, die im Jahrbuch der Regionen veröffentlicht wurden.

Pressemitteilung Eurostat unter

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/1-07102013-AP/DE/1-07102013-AP-DE.PDF

Statistischer Atlas unter

<http://ec.europa.eu/eurostat/statistical-atlas/gis/viewer/>

Regional Statistics Illustrated

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/RSI/>

29. Umwelt-Monitor

Der EU-Monitor des DIHT "Umwelt und Energie" wurde aktualisiert. Angesichts der vielen Initiativen im Bereich der Umwelt-, Klima- und Energiepolitik ist dieser Überblick sehr hilfreich. Die wichtigsten Dokumente sind mit Fundstellen im Internet verlinkt. Der Monitor unter

<http://www.dihk.de/themenfelder/innovation-und-umwelt/umwelt>